

NACHRICHTEN

Kerry fordert mehr Einsatz gegen den IS

Rom. Die internationale Allianz gegen den Islamischen Staat (IS) muss nach Auffassung von US-Außenminister John Kerry ihren Kampf gegen die Terrormiliz weiter intensivieren. »Wir werden sie zersetzen und zerstören, aber wir müssen es schneller tun«, sagte Kerry am Dienstag bei einem Treffen der Anti-IS-Koalition in Rom. Dabei sollte auch darüber beraten werden, wie eine Ausbreitung der Dschihadisten in Libyen verhindert werden kann. Der italienische Außenminister Paolo Gentiloni, der das Treffen zusammen mit Kerry leitete, hatte in einem Interview vor der Gefahr eines Vorrückens des IS nach Nordafrika gewarnt: »Es besteht in der Tat das Risiko, dass die militärischen Niederlagen in Irak und teilweise auch in Syrien einige IS-Kämpfer dazu bringen, nach Libyen weiterzuziehen.« Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier betonte in Rom, dass 25 Prozent der an den IS verlorenen Gebiete mittlerweile zurückerobert worden seien: »Es kommt jetzt darauf an, dass nicht nur militärische Siege gefeiert werden, sondern dass die befreiten Gebiete auch stabilisiert werden.« An der dritten Konferenz der Länder, die am stärksten in den Kampf gegen den IS eingebunden sind, nahmen auch vom Terror besonders betroffene Staaten wie Irak und Ägypten teil. *dpa/nd*



Der Journalist Ali Anouzla, hier im Oktober 2013 in Rabat

Foto: dpa/Abdelhak Senna



Samad Iach drohen fünf Jahre Haft.

Foto: Charlotte Noblet

Das falsche Bild vom Königreich

Journalist und Menschenrechtler zu sein, bedeutet in Marokko ein doppeltes Risiko

Die Bundesregierung will weitere Länder zu sicheren Herkunftstaaten erklären, um leichter dorthin abschieben zu können. Zu diesen Ländern zählt neben Algerien und Tunesien auch Marokko.

Von Charlotte Noblet

Algerien, Marokko und Tunesien zu sicheren Herkunftstaaten zu erklären, ist ein Kernpunkt der Einigung, auf die sich die Große Koalition in Berlin in der Nacht zu Freitag verständigt hatte. Damit sollen Menschen aus diesen Ländern schneller abgeschoben werden können. Kanzleramtsminister Peter Altmaier wurde am Sonntag mit der Aussage zitiert, es gebe mit Blick auf die genannten arabischen Länder »unmissverständliche Signale« dergestalt, »dass es sich nicht lohnt, nach Deutschland zu kommen, wenn man Algerier, Tunesier oder Marokkaner ist.«

In Marokko wird mancher Kritiker der Verhältnisse im Lande die menschenrechtliche Einordnung des Königreichs als »sicherer Herkunftsstaat« mit einiger Verwunderung zur Kenntnis genommen haben. Zum Beispiel der Investigativjournalist Samad Iach. Er erzählt in der Hauptstadt Rabat über seine Arbeitsbedingungen.

»Ich kann jetzt bis zu fünf Jahre Gefängnis kriegen, nur weil ich in einem Land mit einem politischen System lebe, welches unsere Artikel und

Aktivitäten für Menschenrechte nicht unterstützt.« Mit seinen 32 Jahren gehört Iach zu den Gesichtern der »Bewegung 20. Februar«, der marokkanischen Variante des arabischen Frühlings. 2011 hat er das Informationskomitee der Sozialbewegung koordiniert sowie die Facebook-Seite Movement20 betreut. Nun arbeitet er als Investigativjournalist für die Nachrichtenseite Lakome2 und bildet Journalist_innen in Marokko aus. Ihm sowie sechs weiteren Menschenrechtler_innen wirft das Königreich vor, »die innere Sicherheit des Staates zu bedrohen.«

Das Verfahren sollte am 27. Januar in der Hauptstadt Rabat stattfinden, wurde aber auf dem 23. März verschoben. »So feiert das marokkanische Regime die fünf Jahre arabische Frühling«, twitterte Hisham Almirat, ein anderer der angeklagten Journalisten. »Der Staat will Reformen zum Schweigen bringen und verbreitet gleichzeitig von sich weltweit ein falsches Bild von Offenheit.«

»Diese Strafverfolgungen sind eine Art Abrechnung mit denjenigen, die Freiheit, Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit verlangen«, erklärt Iach bei einer Tasse Kaffee. Auch sein Chefredakteur muss sich immer wieder gegen Klagen zur Wehr setzen. Ali Anouzla wurde im November in Berlin als erster mit dem Raif-Badawi-Preis. In einem Interview erwähnte er dabei die sogenannten Roten Linien, die für marokkanische Journalisten gelten: Keiner

darf über den Islam, die Monarchie und die »territorialen Grenzen« kritisch berichten. Letzteres bezieht sich auf die Westsahara. In der Übersetzung des Interviews wird von der »Situation der besetzten Westsahara« gesprochen. Dafür muss Anouzla nächste Woche vor Gericht erscheinen.

»Ich glaubte bisher, vieles verkraften zu können: Gewalt bei den Demonstrationen, Verschleppung durch Polizisten, endlose Verhöre, Verbote, das Land zu verlassen, usw. Ich war immer der Überzeugung, dass mein Engagement an der Seite von Menschenrechtler_innen in einem Umfeld mit begrenzten Freiheiten seinen Preis hat.« Iach raucht eine Zigarette nach der anderen. »Als mein Freund und Kollege Hicham Mansouri ins Gefängnis musste, war das wie ein Zeichen für mich.«

Zehn Monate hat der 36-jährige Mansouri hinter Gittern verbracht. Laut Amnesty International wurde er für seinen investigativen Journalismus bestraft. Bei seiner Entlassung am 17. Januar berichtete er von Misshandlungen durch Polizisten und seine Wärter im Gefängnis. Er sieht schlecht aus. Zeit für Erholung hat er aber kaum: Wie Iach und andere steht er am 23. März erneut vor Gericht. Ihm drohen weitere fünf Jahre Haft.

»Dieser Prozess zeigt wie weit entfernt Marokko von einem Rechtsstaat ist, sagt Fouad Abdelmoumni von internationalen Unterstützerkomitee. « Deswegen ist es uns so

wichtig, das Verfahren für den Streit um Rede-, Informations- und Pressefreiheit, sowie für das Recht auf einen gerechten Strafprozess zu nutzen.«

Infolge der Demonstrationen im Arabischen Frühling wurde noch im selben Jahr 2011 per Volksabstimmung eine Verfassung in Marokko angenommen, die die Menschenrechte stärkt. 2013 und 2014 verpflichtete sich das Königreich mit der Ratifizierung internationaler Abkommen, die Menschenrechte zu respektieren. Seitdem beobachten jedoch zivilgesellschaftliche Organisationen einen deutliche Rückschritte in Bezug auf die Meinungs-, Presse- und Vereinigungsfreiheit.

Iach erzählt von seinen Arbeitsbedingungen: »Meine Kommunikation wird rund um die Uhr überwacht. Ich konnte kein normales Leben mehr führen. Es fühlt sich an, wie im Exil zu sein im eigenen Land.«

Laut der niederländischen Organisation Free Press Unlimited, die seit sieben Jahren in Marokko unabhängigen Journalismus unterstützt, häufen sich solche staatliche Maßnahmen gegen freie Presse und Informationsfreiheit. Die marokkanische Organisation für Menschenrechte zählte im vergangenen Jahr mehr als 40 Verfahren gegen Journalisten in. Angekündigt wurde eine willkürliche digitale Überwachung von Journalisten und anderen Bürgern durch die Sicherheitskräfte, ohne irgendeine richterliche Überprüfung.

Merkel sprach »konstruktiv« mit Putin

Telefonat zur Umsetzung des Minsker Abkommens

Moskau. Kanzlerin Angela Merkel hat Russlands Staatschef Wladimir Putin aufgefordert, zur Verbesserung der Sicherheitslage in der Ukraine mehr Einfluss auf die dortigen prorussischen Separatisten zu nehmen. Regierungssprecher Steffen Seibert teilte am Dienstag mit, Merkel habe am selben Tag mit Putin auf dessen Wunsch telefoniert. Es sei um den Stand der Umsetzung der vor fast einem Jahr in der belarussischen Hauptstadt Minsk getroffenen Friedensvereinbarungen für die Ukraine gegangen. Am Montag hatte Merkel mit dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko darüber gesprochen. An diesem Mittwoch wird CSU-Chef Horst Seehofer in Moskau erwartet, wo er Putin treffen wird.

Merkel habe gegenüber Putin deutlich gemacht, dass für eine umfassende politische Lösung die Sicherheitslage in der Ost-Ukraine weiter verbessert, der Waffenstillstand eingehalten und der uneingeschränkte Zugang der OSZE-Beobachter zum gesamten Konfliktgebiet einschließlich der ukrainischen Staatsgrenze dauerhaft sichergestellt werden müsse. Hier müsse Russland seinen Einfluss auf die Separatisten geltend machen. Ferner müsse es rasch ein Gesetz über Lokalwahlen im Kriegsgebiet Donbass geben.

Der Kreml teilte mit, bei dem »konstruktiven« Telefonat sei es auch um die im Minsker Abkommen verankerte Reform der ukrainischen Verfassung gegangen. Russland sieht die geplante Reform als Schlüsselement für einen Sonderstatus der Separatistengebiete. Um dem festgefahrenen Friedensprozess für den Donbass wieder Schwung zu geben, sollen sich bald die Außenminister Deutschlands, Frankreichs, Russlands und der Ukraine treffen. Am 12. Februar jährt sich das Minsker Abkommen, das den Konflikt zwischen der Führung in Kiew und prorussischen Separatisten im Osten des Landes beilegen soll. Gegenüber Poroschenko hatte sich Merkel unzufrieden mit der Umsetzung des Abkommens gezeigt. Der ukrainische Präsident sagte, es sei schlimm und furchtbar, dass es trotz der Einigung in Minsk noch keine Sicherheit in der Kriegsregion Donbass gebe. Der Donbass sei ein Instrument für Russland, die Ukraine zu destabilisieren. *Agenturen/nd*

Ramallah wieder frei zugänglich

Jerusalem. Die palästinensische Großstadt Ramallah ist wieder frei zugänglich. Die israelische Armee hob die am Montagmorgen verhängte Teilblockade des politischen und wirtschaftlichen Zentrums der Palästinensergebiete in der Nacht zum Dienstag auf. Als Grund nannte das Militär die »neue Beurteilung der Sicherheitslage«. Anlass der Straßensperren rund um die Großstadt war das Schusswaffen-Attentat eines palästinensischen Sicherheitsbeamten auf drei israelische Soldaten am Sonntag. *AFP/nd*

Selbstmordanschlag in irakischer Stadt Ramadi

Bagdad. Ein Selbstmordattentäter hat bei einem Anschlag in der irakischen Provinzhauptstadt Ramadi mindestens 18 Soldaten mit in den Tod gerissen. Ramadi war erst Ende Dezember aus den Händen der Terrormiliz Islamischer Staat befreit worden. *dpa/nd*

GARTENREISEN 2016

BREMEN MIT BREMINALE

► 15.07. – 17.07.2016
► p. P. im DZ € 389,- EZ-Zuschlag 52,-

Leistungen:

- Fahrt im modernen Reisebus ab Berlin/Ostbahnhof
- 2 Ü/HP im 4-Sterne-Best Western Hotel zur Post in Bremen
- City-Tax Bremen
- Stadtführung Bremen
- Eintritt/Führung Barockgärten in Küsnabe
- Eintritt Garten de Wilt in Bad Zwischenahn
- Eintritt/Führung im Garten Annemarie und Enno Kaper in Varel mit Imbiss & Getränken
- Eintritt und Führung sowie Kaffee und Kuchen im Garten Moorriede in Eilbeth
- Eintritt Botanischer Garten Klein Flottbek, Hamburg
- Reisebegleitung durch die Gartengestalterin A. Korzelt

HOLLAND & BELGIEN

HOLLAND & BELGIEN

► 07.08. – 12.08.2016
► p. P. im DZ € 689,- EZ-Zuschlag 110,-

Leistungen:

- Fahrt im modernen Reisebus ab Berlin/Ostbahnhof
- 5 Ü/HP im 3-Sterne-Hotel Schaeplens van St. Fijt in Valkenburg aan de Geul
- Eintritt/Führung mit Kaffee/Kuchen im Garten de Carishof in Krimmen
- Stadtführung Maastricht
- Eintritt/Führung Garten De Hosteluin
- Eintritt/Führung mit Kaffee im Garten Tuin Schopsheim
- 1 Mittagessen im Herberg De Horne sowie Führung durch den Garten in Heers
- Eintritt Garten Fanckreter Höfke mit Kaffee
- Eintritt/Führung Schlossgarten Valkenburg
- Eintritt/Führung Gärten des Kasteel Wijlre
- Eintritt/Führung mit Kaffee im Romantischen Garten von Dina Deferme in Stokrooie
- Eintritt Garten Verhagen mit Kaffee/Ketsen in Lottum
- Reisebegleitung durch die Gartengestalterin A. Korzelt

NORDHOLLAND

NORDHOLLAND

► 11.09. – 16.09.2016
► p. P. im DZ € 755,- EZ-Zuschlag 125,-

Leistungen:

- Fahrt im modernen Reisebus ab Berlin/Ostbahnhof
- 5 Ü/HP im 4-Sterne-Hotel Villa Venendaal in Nunspeet
- Eintritt und Führung Schaagarten Kijktuinen mit Gebäck und Kaffee in Nunspeet
- Eintritt De Tuinen in Demen mit Kaffee und Kuchen
- Eintritt/Führung De Tuinen v. Appellern mit Mittagessen
- »Grüner Garten Tag« mit Besuch von 2 Gärten, Snacks, Lunchbuffet und Besuch der Staudenbaumschule »Hof de Dieren«
- Eintritt Garten De Rode Hoeve in Nijbroek mit Kaffee
- Eintritt Garten Die Heeren van Bronckhorst in Bronckhorst mit Kaffee
- Besuch Rosenzüchtereij De Wilde
- Eintritt Garten De Verborgten Tuinen mit Kaffee
- Eintritt und Führung Schloss Middachten mit Schlossgarten inkl. Kaffee und Gebäck
- Reisebegleitung durch die Gartengestalterin A. Korzelt

INFORMATION/BUCHUNG:
nd-Leserreisen, Herr Diekert
☎ 030/2978-1620

ND-LESERREISE ANMELDUNG

Ich interessiere mich für die Leserreise(n)

»Bremen mit Breminale«

»Holland & Belgien«

»Nordholland«

und bitte um unverbindliche Zusendung ausführlicher Informationen sowie der Reisebedingungen des Veranstalters.

Name, Vorname _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ **Tel.-Nr. (für evtl. Rückfragen)** _____

Coupon bitte einschicken: nd-Leserreisen, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin oder Fax: 030/2978-1650, Leserreisen@nd-online.de, www.neues-deutschland.de/leserreisen